

# Vernünftiges schneller umsetzen

Das Erfolgsrezept der Schweizer Politik heisst: Interessenausgleich, Pragmatismus, Vernunft. Der Konsens führt in der Regel zu unspektakulären, aber umso stabileren Beschlüssen. In der Sommersession wurde aber dieser Mechanismus ausgehebelt.

Im Clinch zwischen lösungsorientiertem Weg, um die Banken-Affäre mit den USA regeln zu können, und dem Verharren auf der eigenen Machtstellung von SVP, FDP und SP gegenüber dem Bundesrat hat sich letztere Haltung durchgesetzt. Leider. Glücklicherweise war das nicht überall so.

## **Pädophilie: Mühsames Taktieren**

Der Schutz unserer Kinder vor pädophilen Übergriffen ist eine sehr wichtige und ernste Aufgabe des Staates. Er gehört nach meiner Meinung in die Bundesverfassung, und zwar so, dass man ihn umsetzen

kann. Sonst bleibt er toter Buchstabe. Das bedeutet: Das Anliegen der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» ist richtig, muss aber anders formuliert werden.

Im März haben taktische Manöver der SVP im Nationalrat einen direkten Gegenvorschlag noch verhindert. Nun hat der Ständerat dafür gesorgt, dass der Bundesrat einen solchen vorlegen darf.

Dafür hat die grosse Kammer dem Kontakt- und Rayonverbot zugestimmt, das nicht in der Initiative steht. Mit dieser Bestimmung kann auch innerfamiliären bzw. familiennahen Pädophilie-Fällen begegnet werden – der mit Abstand häufigsten Bedrohung von Kindern.

## **Verkehr: Vernünftiger Kompromiss**

Einig waren sich National- und Ständerat dagegen bei der Ablehnung der Volksinitiative

«für den öffentlichen Verkehr» und beim Bundesgesetz zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (FABI). Die Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mit der Initiative würden der Strasse Mittel entzogen, die wohl nicht zuletzt in den Bergregionen zu empfindlichen Kürzungen führen würden.

Mit FABI hat der Bundesrat dagegen einen tauglichen, ausbalancierten Weg vorgeschlagen, um die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs sicherzustellen. Die neue Finanzierung sieht u. a. ein befristetes Mehrwertsteuer-Promille und eine Neuverteilung der Lasten zwischen Bund und Kantonen vor. Eine von grünliberaler Seite getragene Minderheit wollte zudem den Pendlerabzug bei der direkten Bundessteuer ganz streichen. Doch das lehnte der Rat richtigerweise ab, er begnügte sich mit einer Reduktion.

## **Zweitwohnungen: Strukturwandel abfedern**

Der Nationalrat hat den Bundesrat verpflichtet, Vorschläge zur Förderung der besseren Auslastung von Zweitwohnungen zu machen. Die richtige Richtung zwar, aber zu wenig konkret. Ich habe deshalb selber eine Motion eingebracht, die vom Bundesrat in den nächsten vier Jahren direkt die substanzielle Erhöhung der finanziellen Mittel für die Regionalpolitik verlangt. Damit sollen die Folgen des Strukturwandels im Alpenraum abgedeckt werden. Nach dem Entscheid des Bundesgerichts vom letzten Mai, wonach alle nach der Initiative bewilligten Baugesuche nichtig sind, hat der Bundesrat noch weniger Zeit für blosse Vorschläge.

## **Wolf: Respekt für das Berggebiet**

Einmal mehr wird man den Eindruck nicht los, dass das

Berggebiet nicht ganz ernst genommen wird. Dazu gehört auch die Haltung des Bundes zum Wolfsproblem.

Obwohl es schon fast drei Jahre her ist, dass das Parlament den Bundesrat per Motion beauftragt hat, auf die Berner Konvention einzuwirken und den Schutzstatus des Wolfes zu senken, scheint nicht viel gegangen zu sein.

Mit meinem Vorstoss «Wolfsproblem ernst nehmen» habe ich in dieser Session den politischen Druck wieder erhöht.



**Viola Amherd**  
Nationalrätin